

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Dienstag, 12. November 1968

Blatt 3260

Gesperrt bis 16.30 Uhr!

Stadt des Kindes - sozialmedizinisches Zentrum - Forschungsfonds
=====

Gemeinsamer Antrag der im Gemeinderat vertretenen Parteien
anlässlich des Republik-Jubiläums

12. November (RK) In der heutigen Geschäftssitzung des Wiener Gemeinderates unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek wurde ein von allen vier im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien unterstützter Antrag eingebracht und verlesen. Der Antrag hat zum Inhalt, anlässlich des Republik-Jubiläums eine "Stadt des Kindes" zu errichten, ferner ein "sozialmedizinisches Zentrum" sowie einen "Forschungsfonds" zur Förderung von Wissenschaft und Forschung. Der Antrag wurde einstimmig dem Magistrat zur Behandlung übermittelt.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

"Antrag der Gemeinderäte Dr. Stemmer (SPÖ), Mühlhauser (ÖVP), Dr. Schmidt (FPÖ), Lauscher (KLS), und Genossen betreffend die Vorlage von Projekten anlässlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages der Errichtung der Republik Österreich, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 12. November 1968.

Am heutigen Tag, dem 12. November 1968, sind fünfzig Jahre vergangen, seit die Republik Österreich errichtet worden ist. Die Lebensfähigkeit dieses Staates ist in den ersten zwei Jahrzehnten seines Bestehens vielfach angezweifelt worden; diese Zweifel und die innere Zerrissenheit der Bevölkerung waren eine der Ursachen dafür, daß Österreich im Jahre 1938 dem Nationalsozialismus erlegen ist.

./.

1945 ist die Republik Österreich wiedererstanden. Unter schweren Opfern der Bevölkerung wurde der Wiederaufbau bewerkstelligt, dem insbesondere nach Abschluß des Staatsvertrages ein bedeutender wirtschaftlicher Aufschwung folgte. Österreich wurde wieder ein gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft, seine Bundeshauptstadt Wien konnte den ihr gebührenden Rang unter den europäischen Metropolen wieder einnehmen. Österreich ist die echte Heimat seiner Bürger geworden.

Die unterfertigten Mitglieder des Gemeinderates sind der Auffassung, daß der Ablauf des ersten halben Jahrhunderts des Bestehens der Republik Österreich zum Anlaß genommen werden sollte, um Einrichtungen zu schaffen, die dieses Tages würdig sind und die den Menschen der Gegenwart, aber auch kommenden Generationen Zeugnis von der Bedeutung des 12. November geben sollen. Diese Einrichtungen sollen nach Meinung der Antragsteller der Jugend unserer Stadt, die die Zukunft zu gestalten haben wird, unseren alten und kranken Mitbürgern, die mit Ihrer Arbeit zur Gestaltung der Gegenwart beigetragen haben, und der Wissenschaft und Forschung, die uns neue Erkenntnisse für unser künftiges Dasein vermitteln sollen, dienen.

Die unterzeichneten Mitglieder des Gemeinderates stellen daher gemäß § 17 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien folgenden

A n t r a g :

Anläßlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages der Errichtung der Republik Österreich wird der Magistrat der Stadt Wien beauftragt, dem Gemeinderat der Stadt Wien zum ehestmöglichen Zeitpunkt folgende Anträge zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen:

- 1) Die Stadt Wien errichtet eine "Stadt des Kindes", die jenen Kindern eine Heimstätte bieten soll, die aus verschiedenen Gründen nicht im Kreise ihrer Familien aufwachsen können. Oberste sozialpädagogische Richtlinie soll dabei die Schaffung einer Familiensituation sein, ohne die junge Menschen nicht zu integrierten Mitgliedern der Gemeinschaft heranwachsen können.

- 2) Die Stadt Wien errichtet zur Betreuung alter und kranker Mitbürger ein sozialmedizinisches Zentrum, wobei neben dem medizinischen Aspekt bei der Errichtung dieses Zentrums die besondere Struktur in der Alterszusammensetzung der Wiener Bevölkerung Berücksichtigung finden soll. In diesem Zentrum wäre Vorsorge zu treffen:
- a) für eine allgemeine spitalsmäßige Versorgung
 - b) für eine Sonderheilanstalt für alte Menschen
 - c) für ein Alten-Pflegeheim
 - d) für ein Tageszentrum, in dem alte Menschen nach einem Spitalsaufenthalt betreut werden können.
- 3) Die Stadt Wien errichtet zur Förderung von Wissenschaft und Forschung einen Forschungsfonds. Die Bereitstellung von Mitteln aus diesem Fonds soll das Entstehen wissenschaftlicher Erkenntnisse fördern, die zur Lösung der Probleme des einzelnen Bürgers, aber auch der künftigen Entwicklung unserer Stadt beitragen sollen.

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung dieses Antrages an den Magistrat beantragt.

Gleichzeitig wird gemäß § 17 Abs. 5 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien die Verlesung dieses Antrages vor Schluß der öffentlichen Sitzung verlangt."

- - -

Pressekonferenz: Wiener Schulprobleme
=====

12. November (RK) Wir erlauben uns daran zu erinnern, daß morgen Mittwoch, den 13. November im Rahmen einer Pressekonferenz Kulturstadträtin Gertrude Sandner und der Präsident des Wiener Stadtschulrates, Hofrat Dr. Max Neugebauer, über Wiener Schulprobleme referieren werden.

Geehrte Redaktion!

Sie sind herzlich eingeladen, Berichterstatter und Foto-reporter zu entsenden.

Zeit: Mittwoch, 13. November, 10.30 Uhr.

Ort: Presseforum, 1, Rathausstraße 1.

- - -

Linie 41 A nun auch für den Werktagsverkehr attraktiv
=====

12. November (RK) Gerade zurecht zu den Totengedenktagen konnten die Wiener Verkehrsbetriebe bekanntlich eine neue "Friedhofslinie", nämlich die Autobuslinie 41 A, von Pötzleinsdorf zum Neustifter-Friedhof einführen. Die ursprünglich von der Bevölkerung ausschließlich zum Zwecke des Friedshofsbesuches gewünschte Linie erfreute sich jedoch so regen Zuspruchs, daß nun die Kurse verstärkt wurden. Wochentags wird die Linie 41 A in der Zeit von 6.40 bis 19.30 Uhr geführt, samstags von 7 bis 17 Uhr und sonntags u. feiertags von 10 bis 17 Uhr. Die neue Autobuslinie fährt im Einheitstarif, ist also mit den Straßenbahnfahr-schein zu benützen.

- - -

Hohe Wiener Auszeichnung für Maleta, Porges und Stemmer
=====

12. November (RK) In der heute unter Vorsitz von Landeshauptmann Bruno Marek abgehaltenen Sitzung der Wiener Landesregierung wurde einstimmig beschlossen, dem Ersten Präsidenten des Nationalrates, Dr. Alfred Maleta, dem Vorsitzenden des Bundesrates und Direktor der Wiener Messe-AG, Alfred Porges, und dem Ersten Präsidenten des Wiener Landtages, Dr. Wilhelm Stemmer, das Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um das Land Wien zu verleihen.

Der Zeitpunkt der feierlichen Übergabe dieser hohen Auszeichnungen wird rechtzeitig mitgeteilt.

- - -

Neuerliche Erhöhung der Fürsorgerichtsätze in Wien
=====

12. November (RK) Eine von Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi in der heutigen Sitzung der Wiener Landesregierung beantragte Erhöhung der Fürsorgerichtsätze wurde einstimmig angenommen. Die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge in Wien wurden zuletzt mit Stichtag vom 1. Jänner 1968 erhöht. Dies erfolgte in Anlehnung an die zu dem gleichen Termin in Kraft getretene Erhöhung der Richtsätze für die Ausgleichszulagen in der Sozialversicherung. Diese Richtsätze der Ausgleichszulagen werden gemäß ASVG ab 1. Jänner 1969 um 7,1 Prozent neuerdings erhöht. Das Land Wien wird nun die Richtsätze der öffentlichen Fürsorge mit gleichem Datum und in gleichem Maße erhöhen.

Die Erhöhung beträgt
in der gehobenen Fürsorge für den Alleinstehenden von 930 Schilling um 66 Schilling auf 996 Schilling;

für den Hauptunterstützten im Familienverband von 907 Schilling um 64 Schilling auf 971 Schilling;

für den Mitunterstützten ohne Familienbeihilfen-Anspruch von 442 Schilling um 31 Schilling auf 473 Schilling;

für den Mitunterstützten mit Familienbeihilfen-Anspruch von 213 Schilling um 15 Schilling auf 228 Schilling;

In der allgemeinen Fürsorge für den Alleinstehenden von 528 Schilling um 37 Schilling auf 565 Schilling;

für den Hauptunterstützten im Familienverband von 470 Schilling um 33 Schilling auf 503 Schilling;

für den Mitunterstützten ohne Familienbeihilfen-Anspruch von 276 Schilling um 20 Schilling auf 296 Schilling;

für den Mitunterstützten mit Familienbeihilfen-Anspruch von 153 Schilling um 11 Schilling auf 164 Schilling.

Es ist ferner notwendig, die Zuschläge für alte und erwerbsunfähige Dauerunterstützte zu erhöhen, um sie an die Bezüge der Pensionisten mit Ausgleichszulage anzugleichen. Diese Bezüge betragen ab 1. Jänner 1969 inklusive 30 Schilling Wohnungsbeihilfe und abzüglich 7 Schilling Krankenversicherungsbeitrag für den Alleinstehenden 1.240 Schilling und für ein Ehepaar 1.713 Schilling. Die Zuschläge

müssen dementsprechend von 229 Schilling auf 244 Schilling für den Alleinstehenden und von 252 Schilling auf 269 Schilling für den Hauptunterstützten erhöht werden.

Die sich aus den Richtsatzserhöhungen ergebenden Mehrausgaben werden für das Jahr 1969 auf rund sieben Millionen Schilling geschätzt.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten

=====

12. November (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 4 S, Weißkraut 3 S je Kilogramm.

Obst: Äpfel: Klasse Kochobst 4 bis 5 S, Birnen: Klasse Kochobst 2 bis 5 S je Kilogramm.

- - -

Amnestie von Ordnungs- und Disziplinarstrafen bei der

=====

Stadt Wien

=====

12. November (RK) Aus Anlaß des 50. Jahrestages der Gründung der Republik Österreich hat heute der Wiener Stadtsenat eine Amnestie von Ordnungs- und Disziplinarstrafen beschlossen. Wie Personalstadtrat Hans Bock in der Begründung des Antrages ausführte, dient als rechtliche Grundlage hierfür die Dienstordnung 1966. Von der Amnestie unberührt bleiben besonders schwere Delikte, wie Amtsmißbrauch, Verbrechen gegen die Sicherheit des Eigentums, Sittlichkeitsverbrechen und schwere Dienstvergehen im Zustand der Trunkenheit. Die Amnestie wird nur für Verfehlungen angewendet, die vor dem 12. November 1968 begangen wurden. Eine Nachzahlung von Bezügen findet in keinem Fall statt.

- - -

Gesperrt bis 17.30 Uhr:

Die Jubiläumswerke der Stadt Wien
=====

Stadt des Kindes / Sozialmedizinisches Zentrum / Forschungsfonds

12. November (RK) Wie Bürgermeister Bruno Marek in seiner Festrede anlässlich der 50. Wiederkehr des Tages der Errichtung der Republik Österreich bekanntgab, wird der Gemeinderat der Stadt Wien zum ehestmöglichen Zeitpunkt seiner Genehmigung zur Errichtung einer "Stadt des Kindes", eines "Sozialmedizinischen Zentrums nördlich der Donau" und eines "Fonds zur Förderung von wissenschaftlicher Forschung" geben.

Die Häuschen, die 300 heimatlosen Kindern ein neues Zuhause bieten sollen, sollen am Gründlandgürtel der Stadt inmitten eines riesigen Parkes errichtet werden.

In der neuen Modelleinrichtung werden Kinder und Jugendliche unter Voraussetzungen aufwachsen, die der Familiensituation so nahe wie möglich kommen. Die "Stadtsiedlung" wird vor allem aus Einfamilienhäusern im Pavillonsystem bestehen, und es ist daran gedacht im Zentrum ein "Rathaus" zu errichten. Dieses Rathaus wird mit einer Bibliothek und einem Vielzweckraum für Kino---und Theateraufführungen ausgestattet. Dieser Ort wird so zur Halle der gemeinsamen Begegnung werden. Der "Bürgermeister der Kinderstadt" wird hier nicht als Amtsperson in Erscheinung treten, sondern vielmehr pädagogischer Koordinator sein.

Um an die normale Lebenssituation nahe heranzukommen, werden die Kinder öffentliche Schulen besuchen. Für die Kleinkinder allerdings werden im Rahmen der Kinderstadt Kinderkrippen- und -gärten errichtet werden. Die Institutionen für die vorschulpflichtigen Kinder sollen aber nicht nur den Kindern der Kinderstadt gehören, sondern als allgemein zugängliche, kommunale Einrichtungen geplant werden, die auch Kleinkindern offenstehen, die außerhalb der Kinderstadt wohnen.

In dem Freizeitzentrum werden ein Plansch- und Schwimmbecken, ein Spiel- und Sportplatz ebenso wenig fehlen wie ein Eislaufplatz.

Die Funktionen des "Tageszentrums"

Was für die von der Stadt betreuten Kinder die auf die vorhin geschilderte Art geschaffene familiennahe Situation ist, soll für die kranken und betagten Bürger von Wien die behütete Atmosphäre des "Sozialmedizinischen Zentrums" sein. Dieses Zentrum, das nördlich der Donau situiert sein wird, besteht aus einem Komplex, der ein Krankenhaus mit 500 Betten, eine Sonderheilanstalt für betagte Menschen mit 100 Betten und ein Altenpflegeheim für 400 pflegebedürftige alte Menschen sowie ein Tageszentrum umfassen wird.

Bei dem Sozialmedizinischen Zentrum handelt es sich um eine ganz neuartige Einrichtung, die im Hinblick auf die besondere Struktur in der Alterszusammensetzung der Wiener Bevölkerung aufgebaut sein wird. Durch die räumliche und organisatorische Verflechtung der Betreuungs- und Versorgungstypen steht dem Kranken, vor allem aber dem betagten Menschen ein Maximum an ärztlichen, therapeutischen und sozialfürsorgerischen Möglichkeiten zur Verfügung.

Das "Tageszentrum" wird insbesondere den Nachbehandlungen nach Spitalsaufenthalten dienen, respektive eine eventuelle Einweisung in ein Spital verhindern. Besonders das Vorbeugen wird im Vordergrund stehen. Zu dieser Funktion gehört die Vermittlung des Wissens über eine gesunde Lebensführung und die im Alter auftretenden Ernährungsprobleme ebenso wie das Wissen über sinngemäßes Ausstatten der Wohnung, das Erhalten der Gesundheit und der dazu notwendigen Pflege, eine von keinen Komplexen belastete Einstellung zum Nachlassen der vitalen Kapazität und der sich verringernden Bewegungsfreiheit.

Andererseits wird das "Tageszentrum" allen jenen älteren Mitbürgern dienen, die einer überdurchschnittlich langen medizinischen Betreuung bedürfen. Man kann und soll den betagten Menschen soweit wie möglich wiederherstellen. Dies erfordert jedoch sehr oft eine lang anhaltende Nachbehandlung nach der Entlassung aus dem Krankenhaus. Die Behandlung wieder scheitert daran,

daß die notwendigen ärztlichen Kontrollen und die medizinischen Behandlungen zu Hause nicht geboten werden können. Der rekonvalszente betagte Mitbürger kommt in das "Tageszentrum", wo er alle ärztliche Versorgung, aber auch alle Kenntnisse, Fähigkeiten und die richtige psychische Einstellung zu seinem Zustand vermittelt erhält. Nach einer vielleicht Monate dauernden "offenen" Betreuung wird es dem alten Menschen wieder möglich sein, sein gewohntes Leben unabhängig von der Hilfe anderer in der eigenen Wohnung weiterzuführen.

- - -

Gesperrt bis 17 Uhr!

Die Festsitzung des Wiener Gemeinderates
=====

12. November (RK) Heute nachmittag fand im Großen Festsaal des Wiener Rathauses anlässlich des Republik-Jubiläums eine Festsitzung des Wiener Gemeinderates statt, in deren Mittelpunkt die Rede von Bürgermeister Bruno Marek stand. An der Spitze der Ehrengäste nahm Bundespräsident Franz Jonas an der Sitzung teil; ferner waren anwesend: der Vorsitzende des Bundesrates Alfred Porges, Mitglieder des National- und Bundesrates, die Mitglieder des Wiener Stadtsenates und Gemeinderates, Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter, die Mitglieder der Bezirksvertretungen und Vertreter der Beamtenschaft sowie die Mitglieder des Kollegiums des Stadtschulrates für Wien mit dem amtsführenden Präsidenten Dr. Max Neugebauer an der Spitze. Auch die Bürger der Stadt Wien nahmen an der Festsitzung teil.

In seiner Festrede betonte der Wiener Bürgermeister, daß der Tag, an dem die Republik proklamiert wurde, einer der entscheidendsten Meilensteine in der österreichischen Geschichte ist. Nach einer Schilderung der historischen Ereignisse, die zur Gründung der Republik und zu deren Wiedergeburt im Jahre 1945 führten, ging der Bürgermeister auf den historischen Prozeß des Werdens einer österreichischen Nation ein. Diese Entwicklung ist nicht abgeschlossen, sondern ein permanenter Prozeß. Deshalb müssen wir den jungen Menschen sagen, daß der Gründungstag der Republik nie mehr Thema parteipolitischer Auseinandersetzungen sein darf.

Hierauf berichtete der Wiener Bürgermeister offiziell von dem kurz vorher im Wiener Gemeinderat eingebrachten Antrag zur Schaffung der Stadt des Kindes, des Sozialmedizinischen Zentrums und zur Errichtung eines Forschungsfonds.

Der Wiener Gemeinderat glaubt damit seiner Verpflichtung gegenüber den Wienern anlässlich des Republik-Jubiläums nachgekommen zu sein.

(Soweit bereits mit Fernschreiber durchgegeben.)

+

In seiner Festrede sagte der Bürgermeister:

Wir haben uns heute hier im Großen Festsaal des Wiener Rathauses versammelt, um als frei gewählte Repräsentanten der Bundeshauptstadt Wien, die gleichzeitig eines der neun Bundesländer ist, den fünfzigsten Jahrestag der Errichtung der Republik Österreich zu feiern. Es steht außer jeder Diskussion, daß die Geschichte Österreichs viel älter als diese fünfzig Jahre ist. Und doch ist dieser zwölfte November 1918, an dem die Republik proklamiert wurde, einer der entscheidendsten Meilensteine unserer Geschichte. Es wäre falsch, an einem Gedenktag, der der Geburtstag unserer Republik ist, nur die Ereignisse um diesen Tag selbst zu beleuchten, sondern ich bin der Meinung, daß es notwendig ist, kurz die wichtigsten historischen Fakten Revue passieren zu lassen, die zu diesem Tag geführt haben.

Zu Beginn des Ersten Weltkrieges sah es trotz des akuten Nationalitätenproblems nicht danach aus, daß die einzelnen Nationen aus dem Verband der habsburgischen Monarchie ausscheiden würden. Auch seitens der Alliierten wurde zu diesem Zeitpunkt die österreich-ungarische Monarchie als eine europäische Notwendigkeit betrachtet. Die Tendenz des Ausscheidens der einzelnen Nationen aus der Habsburg-Monarchie wurde aber mit zunehmender Kriegsdauer immer vehementer.

Im Mai 1918 erfolgte eine Verständigung zwischen Deutschland und Österreich darüber, außer einem Defensiv- und Garantiebündnis auch noch eine Zoll- und Wirtschaftsunion einzugehen. Durch eine Verständigung schien die Gefahr gegeben, daß im Laufe der Zeit die beiden, in solcher Form geeinten Reiche die Vorherrschaft in Europa erringen könnten. Sie erschien

./.

verstärkt gegeben durch die Annahme, daß Rußland nach den Wirren der Oktoberrevolution lange Zeit benötigen würde, wieder ein ernstzunehmender außenpolitischer Faktor zu werden. Auf Grund dieser Entwicklung schien den alliierten Staaten die Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Bildung deutschfeindlicher Nationalstaaten der einzige für sie gangbare Weg.

Am achten Jänner 1918 verkündete Woodrow Wilson, der Präsident der Vereinigten Staaten, der als Schiedsrichter der Welt auftreten wollte, seine vierzehn Punkte. Seine Lehre vom Selbstbestimmungsrecht der Völker korrespondierte mit gleichartigen Ideen, die aus dem revolutionären Rußland kamen. In ihrer ursprünglichen Fassung hätten sie sich auch mit dem Fortbestand der Monarchie in Einklang bringen lassen. Aber in einer seltsamen Verkennung der wirklichen welt-politischen Situation hatten die deutsche Oberste Herrensleitung und ihre politischen Exponenten zu Ende des Jahres 1917 im scheinbaren Triumph über das zaristische Rußland versucht, bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk in eine harte Linie des Diktats und der Eroberung einzuschwenken. Der Jänner-Streik des Jahres 1918, von Wien ausgehend, bewies aber, wie weit die Arbeiterschaft den Frieden auf der Grundlage dieses unverfälschten Selbstbestimmungsrechtes der Völker verlangte, und das Ergebnis dieses Streikes war eine nicht zu überhörende Warnung. Zum ersten Mal standen die Delegierten der sozialdemokratischen Partei mit Dr. Adler, Dr. Renner und Seitz an der Spitze gleichberechtigt den Regierungsinstanzen gegenüber, um die Sehnsucht nach dem Ende des Krieges auszudrücken. In dieser Delegation, die im Kriegsministerium mit den Generälen verhandelte, befand sich auch ein Mann, den viele von uns gekannt und verehrt haben: Conrad Lötsch war langjähriges Mitglied des Wiener Gemeinderates und Präsident des Wiener Landtages.

Karl Seitz gab den Delegierten der Arbeiterschaft das Ergebnis bekannt, das mit dem Satz endete: 'Die Arbeiterschaft hat durch das äußerste Mittel, das ihr zu Gebote steht, erlangt, daß sich die maßgebendsten Persönlichkeiten zum Frieden bekennen und sich verpflichten, daß sie geloben, und Bürgschaft leisten, dafür alle Kräfte anzuspannen, um ihn herbeizuführen.'

Die Hoffnungen aus dem Jänner-Streik, zu einem allgemeinen Frieden zu kommen, trogen jedoch. Unter dem Druck der Westoffensive Ludendorffs entschloß sich Österreich-Ungarn nicht nur zu einer Offensive mit den letzten militärischen Reserven, die in der Juni-Schlacht von Venetien ein fürchterliches Ende fand, sondern Außenminister Graf Czernin provozierte in seiner April-Rede vor der Obmänner-Konferenz des Wiener Gemeinderates geradezu jene Kräfte, die im Lager der Alliierten für einen Verständigungsfrieden waren.

Mit der von mir schon zitierten beabsichtigten engen Verbindung zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland im Mai 1918 schlug die Stimmung der Westmächte gegen die Monarchie um. Von der Anerkennung der führenden Männer in der Emigration als De-facto-Regierung war es nur mehr ein kleiner Schritt zur Erklärung der Tschechoslowakei als kriegsführende Macht, wozu die tschechischen Legionen in Rußland, Frankreich und Italien eine willkommene Handhabe boten.

In dieser Situation begann Kaiser Karl zu handeln, um die Umbildung der Monarchie in einen Bundesstaat vorzubereiten. Sein Manifest vom 16. Oktober 1918, das zwei Tage später der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurde, hatte den Zerfall Österreich-Ungarns nicht hervorgerufen, wohl aber besiegelt. Die meisten an führenden Positionen Sitzenden, Männer des Hofes, der Armee, der Verwaltung und Parlamentarier, wurden mit einer einzigen Ausnahme - nämlich dem Führer der sozialdemokratischen Partei - von den Ereignissen ziemlich unerwartet getroffen. An ein schlechtes Kriegsende mit nachfolgendem Umbau des Staates dachten Viele, auf die Aufgaben vorbereitet waren nur wenige.

Das Brünner Programm der Sozialdemokraten von 1899 vertrat den Gedanken eines Bundesstaates der Nationalitäten, die sich auf dem Boden voller Autonomie zu einer höheren Einheit zusammenfinden sollten. Renner wurde in seinen Bestrebungen zur Lösung

der Nationalitätenfrage auf dem Boden der Monarchie auch von Dr. Otto Bauer unterstützt, der bereits 1907 zur Erkenntnis gekommen war, daß die nationale Selbstverwaltung das Günstigste wäre. Es soll hier nicht unerwähnt bleiben, daß Josef Stalin anlässlich eines Wien-Aufenthaltes im Jahre 1911 gerade diese Tendenzen der österreichischen Sozialdemokratie aufs Schärfste kritisiert hat.

In den Tagen vom 21. bis zum 31. Oktober 1918 hat sich die Auflösung der Habsburg-Monarchie vollendet. In diesen Tagen war die Armee an der Front zusammengebrochen, hatten sich die neuen nationalen Regierungen im Hinterland der Regierungsgewalt bemächtigt.

Am 21. Oktober 1918 traten im Sitzungssaal des niederösterreichischen Landtages die im Jahre 1911 gewählten Reichsratsabgeordneten des deutschen Siedlungsgebietes zu einer Sitzung zusammen und erklärten sich als provisorische Nationalversammlung des selbständigen Deutsch-Österreichischen Staates, den das deutsche Volk in Österreich zu bilden im Begriff sei. Im Namen der Sozialdemokraten gab der schwerkranke Dr. Victor Adler eine Erklärung ab, der die größte Bedeutung zukam. Er entbot den slawischen und romanischen Völkern Grüße. Deutsch-Österreich sei bereit, sich mit den Nachbarvölkern zu einem freien Völkerbund zu vereinigen, wenn sie es wollten. Andernfalls würde Deutsch-Österreich gezwungen sein, sich als ein Sonder-Bundesstaat dem Deutschen Reiche anzugliedern. Er legte besonderen Nachdruck auf die demokratische Gestaltung des Staates und den Grundsatz der Völkersouveränität, wobei auch das Wort von der demokratischen Republik fiel, die als oberstes Ziel der Sozialdemokraten zu gelten habe.

Am 31. Oktober 1918 wurde auf der Grundlage des Renner'schen Organisationsentwurfes die neue Verfassung in Kraft gesetzt, die die Verordnungsgewalt dem von der provisorischen Nationalversammlung bestellten Staatsrat zuteilte.

Als am 9. November im Deutschen Reich das Kaisertum zusammenbrach und die Republik ausgerufen wurde, waren auch in Österreich die Rufe nach der Republik unüberhörbar geworden. Am folgenden Tag erklärten die sozialdemokratischen Vertreter im Staatsrat, gewaltsame Erhebungen der Arbeiter und Soldaten seien unvermeidlich, wenn nicht sofort auch in Deutsch-Österreich die Republik proklamiert werde.

Nachdem Kaiser Karl am 11. November die Regierung auch förmlich niedergelegt hatte, erklärte die provisorische Nationalversammlung am 12. November Deutsch-Österreich zur demokratischen Republik und zum Bestandteil der Deutschen Republik.

Es ist hoch anzurechnen, daß auch die bürgerlichen Gruppen - wenn auch zögernd - den Übergang bejahten, selbst unter schmerzlicher Preisgabe einstiger Ideale. Die Christlichsoziale Partei, deren Anhänglichkeit an die monarchische Staatsform und die Tradition der Vergangenheit am ausgeprägtesten war, tat den Schritt zum neuen Staat in würdiger Form. Die 'Reichspost' vom 13. November 1918 schrieb: 'Dem Staate Deutsch-Österreich auch in seiner nunmehrigen Form zu dienen, obwohl sie nicht die Form unserer Wahl ist, betrachten wir, wie es Pflicht jedes Bürgers ist, als unsere Pflicht, als Gewissenspflicht der deutsch-österreichischen Katholiken, die mit Loyalität und Hingebung ihre Kräfte auch dem neuen Staate widmen werden... daß man gerade ihre treue Anhänglichkeit an das, was bisher bestanden hat, als Bürgerschaft ihrer loyalen Gesinnung gegenüber der neuen Ordnung anerkenne...'

Auch die Deutschnationalen schlossen sich, nachdem alle Illusionen, bis zur letzten Stunde an der Seite des Hohenzollernreiches ausharren zu müssen, vorbei waren, der Realität an.

Die oberste Staatsgewalt war völlig in die Hände des Staatsrates übergegangen, dem die drei Präsidenten der Nationalversammlung, Franz Dinghofer, Karl Seitz und Jodok Fink, an dessen Stelle kurz darauf Prälat Hauser trat, sowie 20 aus sämtlichen Parteien gewählte Mitglieder angehörten.

In dieser Situation der Entbehrung und des Hungers, der Ermangelung am allernotwendigsten und des großen Mißtrauens gegen die bisher Regierenden war nur eine gemeinsame Regierung aus Repräsentanten der Arbeiter, Bauern und Bürger möglich.

Wer sich Mühe nimmt, die Protokolle durchzublättern, kann ersehen, welche ungeheure Arbeitsleistung die Abgeordneten aller Parteien seit dem 21. Oktober 1918 leisteten: die Volksernährung, die Regelung der ersten völkerrechtlichen Beziehungen zu den Nachfolgestaaten, der Kampf um die finanzielle Bedeckung der notwendigsten Tageserfordernisse und immer wieder die Sorge vor dem Chaos angesichts der zusammenbrechenden Fronten füllen die Seiten dieser Dokumente, die in ihrer knappen Sprache einen unschätzbaren Aussagewert besitzen. Was Dr. Karl Renner als Staatskanzler und seine Mitarbeiter durch kluge Verwertung des vorhandenen Behördenapparates in diesen Wochen vollbrachten, war nicht eine Zerstörung der längst nicht mehr vorhandenen Staatsfundamente, sondern eine Aufbauarbeit für die Zukunft, der sich alle Politiker willig anschlossen. Gerade die territorialen Fragen des Staates, dessen zukünftiger Umfang noch niemand ahnte, spielten eine große Rolle und Dr. Renner ist es gewesen, der am 18. November 1918 den Antrag stellte, die deutschen Siedlungsgebiete des späteren Burgenlandes auf dem zukünftigen Friedeskongreß für Österreich in Anspruch zu nehmen, so wie man bemüht war, alle bedrohten Gebiete zu retten.

Die Politiker aller Parteien mußten aber zu Ende des Jahres 1918 erkennen, daß das Ende des Krieges durch die Neugestaltung der Verhältnisse im Donaauraum gerade für Österreich in der Zukunft die allerschwersten Belastungen mit sich bringen würde. Eine Auflehnung gegen die realen Tatsachen angesichts der Hungerkatastrophe und des drohenden Chaos hätte den kaum geformten Bau des Staates wieder zerstört.

Lassen Sie mich im Ablauf der Ereignisse nochmals ein wenig zurückblicken: Der 11. November, der Vorabend des Gründungstages der österreichischen Republik, war noch von einem zweiten Ereignis gekennzeichnet: Dr. Victor Adler hat an diesem Tag für immer die Augen geschlossen.

Sein unvergleichlicher Tatsachensinn, sein Verantwortlichkeitsgefühl, sein Ansehen und sein menschliches Verständnis brachten es mit sich, daß sein Tod - deprimierend bis weit hinein auch in bürgerliche Kreise wirkend - Unsicherheit und Befürchtungen brachte, daß unter Umständen auch destruktive Tendenzen auftreten könnten.

Ihm, der der jungen Republik und ihren arbeitenden Menschen soviel gegeben hatte, der noch als Todkranker, des Sterbens gewiß, bis zum letzten Tag von Sitzung zu Sitzung eilte, war es nicht vergönnt, diesen Tag zu erleben.

Die Nachfolgerstaaten nahmen gegenüber dem Angebot des neuen deutsch-österreichischen Staates, in einer Art Wirtschafts-gemeinschaft weiterzuleben, eine feindselige Haltung ein. Dies gab den Anschlußparolen, die in allen Parteien um sich griffen, besonderen Auftrieb. Dabei hat sicher ein psychologisches Moment eine große Rolle gespielt! Weder die Arbeiterschaft der neuen österreichischen Republik, noch die Bauern und ein Teil des Bürgertums konnten eine Fortexistenz in Sicherheit und Freiheit ohne die Anlehnung an eine größere Gemeinschaft für möglich halten. Es entstand deshalb auf Grund der Parolen Wilsons zunächst eine Massenpsychose, welche die Anschlußfrage in den Vordergrund stellte. Am besten hat Dr. Renner dieser Situation noch in St. Germain - unmittelbar nach Unterzeichnung des Vertrages - am 11. September einem Vertreter der Radio-Depeschen-Agentur die einzig richtige Deutung gegeben, indem er sagte: 'Man hat in der Welt den Gedanken der Annäherung Deutschlands an Österreich verkannt und ihn als den Ausfluß des Alldeutschtums und als eine Art nationalistische Übertreibung hingestellt. In Wirklichkeit war es uns der Ausdruck unserer Verzweiflung und das Gefühl des Verlassenseins.'

Die nächsten Monate waren in jeder Weise hart, unvorstellbare hart. Eine ausgehungerte, frierende Bevölkerung in einem Staat, dessen Grenzen nicht einmal noch fixiert waren. Die Friedensverhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig und erst am 17. November 1919, also mehr als ein Jahr nach der Republikgründung wurde der Friedensvertrag von der konstituierenden Nationalversammlung ratifiziert und damit war die Gründungsperiode der Republik abgeschlossen.

Es muß eindeutig festgestellt werden, daß dieser kurze, aber entscheidende Weg der Neugestaltung Österreichs zwar mißtrauisch, aber doch gemeinsam gegangen wurde. Insofern ist die Anfangsphase der Geschichte der österreichischen Republik eine Mahnung für die Zukunft gewesen, die zum Leiden aller Österreicher nicht beherzigt wurde.

Wenn auch der gemeinsame Weg 1920 verlassen wurde, darf man nicht übersehen, daß die junge Republik anfänglich an Prestige gewann und alle Fährnisse überwand. Gerade die Wiener Bevölkerung sah sich in dieser kritischen Phase ungeheuren Problemen gegenüber. Es kann heute gesagt werden, daß der Leberswille der Wiener, die Liebe zu ihrer Stadt und das Vertrauen zu ihren gewählten Repräsentanten die Voraussetzungen für die Bewältigung der enormen Probleme und die Basis für die großen sozialen Errungenschaften der Bundeshauptstadt waren.

Die Friedensverträge von Saint Germain und Versailles hatten der Anschlußpolitik kein Ende bereitet. Sie brachten ein Anschlußverbot und erklärten die Unabhängigkeit Österreichs für unveräußerlich. Österreich war gezwungen, eine unabhängige Politik zu machen. Der faschistische Siegeszug und die Schwächung der demokratischen Westmächte führten aber auch zu tiefgreifenden Änderungen der österreichischen Innen- und Außenpolitik.

Arbeitslosigkeit, Massenelend, außerparlamentarische Kräfte manifestiert in den bewaffneten Wehrverbänden aller Gruppen und Parteien, unüberbrückbare Gegensätze der Parteien, eine Verkrampfung der Politik, die jeden menschlichen Kontakt zwischen den führenden Köpfen von selbst unterband, beschleunigte das Ende der Republik.

Nach der Auslöschung der österreichischen Staatlichkeit war das große menschliche und politische Kapital des Kreises der Politiker aus dem Jahre 1918, gleichgültig welchem Lager sie angehörten, eine Hoffnung auf die Zukunft.

Es ist daher kein Wunder, daß alle, die auf eine Wiedergeburt Österreich hofften, und sich dafür einsetzten, das Fundament in der demokratischen Rechtsordnung unserer Republik seit 1918 erblickten. Es war für Österreich im Jahre 1945 eine Glücksstunde, als Dr. Karl Renner, der Baumeister der Ersten Republik, nunmehr die Wiedererrichtung des Staates vornahm, inmitten einer Situation, die kaum weniger bedrohlich war, als die im Jahre 1918.

Der Glaube an Österreich - über alle Schranken der Parteien hinweg - die Gemeinsamkeit des Leidens und die richtige Erkenntnis aller, die Fehler der Vergangenheit nicht zu wiederholen, waren das Fundament, auf dem die Zweite Republik errichtet wurde.

Ein Jahrzehnt Besetzung konnte die österreichische Bevölkerung weder aufspalten noch in dem gemeinsamen Bestreben hindern, einen freien demokratischen Staat zu erkämpfen. 1955 wurde diese Haltung belohnt und die Republik Österreich ist seither ein dauernd neutraler Staat, der von den anderen Staaten, einschließlich der Großmächte, geachtet und von seinen Bürgern geliebt wird.

Sicherlich ist der historische Prozeß des Werdens einer österreichischen Nation noch nicht abgeschlossen, wie überhaupt die Nationswerdung kein Begriff, sondern ein permanenter Prozeß ist. Die moderne, westliche politologische Literatur hat das entscheidende nationsbildende Kriterium so formuliert: "Es ist die fortgeschrittene Demokratisierung des Gemeinwesens eines in Willen zur Unabhängigkeit geeinten Staatsvolkes".

Gerade aus dieser Erkenntnis heraus sollten wir mit der Jugend nicht nur über die 50jährige Geschichte unserer Republik diskutieren, sondern ihr täglich von neuem den Beweis liefern, daß es uns mit dem Bekenntnis zu unserem Österreich, zu seinen demokratischen Einrichtungen ernst ist.

Wir müssen den jungen Menschen, die morgen an unsere Stelle treten werden, sagen, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl, das gemeinsame Arbeiten im Geiste der Demokratie und der Glaube an unsere Republik Österreich Voraussetzung dafür ist, daß der Prozeß der Nationwerdung positiv fortgesetzt wird. Möge der Gründungstag der Republik nie mehr Thema parteipolitischer Auseinandersetzungen sein!

Verehrter Herr Bundespräsident, Hohe Festversammlung!

Ich habe die Ehre, Ihnen zu berichten, daß alle vier im Wiener Gemeinderat vertretenen Parteien zur Auffassung gekommen sind, daß die 50. Wiederkehr der Republikerrichtung zum Anlaß genommen werden soll, Einrichtungen zu schaffen, die dieses Tages würdig sind. Diese Einrichtungen sollen den Menschen der Gegenwart, aber auch kommenden Generationen Zeugnis von der Bedeutung des 12. Novembers geben.

Der Antrag lautet:

Anläßlich der fünfzigsten Wiederkehr des Tages der Errichtung der Republik Österreich wird der Magistrat der Stadt Wien beauftragt, dem Gemeinderat der Stadt Wien zum ehemöglichen Zeitpunkt folgende Anträge zur Beratung und Beschlußfassung vorzulegen:

1. Die Stadt Wien errichtet eine "Stadt des Kindes", die jenen Kindern eine Heimstätte bieten soll, die aus verschiedenen Gründen nicht im Kreise ihrer Familien aufwachsen können. Oberste sozialpädagogische Richtlinie soll dabei die Schaffung einer Familiensituation sein, ohne die junge Menschen nicht zu integrierten Mitgliedern der Gemeinschaft heranwachsen können.

2. Die Stadt Wien errichtet zur Betreuung alter und kranker Mitbürger ein sozialmedizinisches Zentrum, wobei neben dem medizinischen Aspekt bei der Errichtung dieses Zentrums die besondere Struktur in der Alterszusammensetzung der Wiener Bevölkerung Berücksichtigung finden soll.

In diesem Zentrum wäre Vorsorge zu treffen:

- a) für eine allgemeine spitalsmäßige Versorgung
- b) für eine Sonderheilanstalt für alte Menschen
- c) für ein Alten-Pflegeheim
- d) für ein Tageszentrum, in dem alte Menschen nach einem Spitalsaufenthalt betreut werden können.

3. Die Stadt errichtet zur Förderung von Wissenschaft und Forschung einen Forschungsfonds. Die Bereitstellung von Mitteln aus diesem Fonds soll das Entstehen wissenschaftlicher Erkenntnisse fördern, die zur Lösung der Probleme des einzelnen Bürgers, aber auch der künftigen Entwicklung unserer Stadt beitragen sollen.

Die Mitglieder des Wiener Gemeinderates glauben, damit ihrer Verpflichtung gegenüber der Wiener Bevölkerung anlässlich der 50. Wiederkehr des Tages der Errichtung der Republik Österreich nachgekommen zu sein.

Verneigen wir uns in der Einsicht der historischen Erfahrungen in Ehrfurcht vor der Geschichte der letzten fünfzig Jahre und vor allen Demokraten, die diesen politischen Weg bestimmten."

- - -

Schweinehauptmarkt vom 12. November
=====

12. November (RK) Unverkauft vom Vormarkt 0. Neuzufuhren 3963, davon 361 Durchläufer, Auftrieb am Auslandsschlachthof: Polen 200, keine Durchläufer, Bulgarien 298, davon 49 Durchläufer, DDR 1113, davon 316 Durchläufer, Neuzufuhren Gesamtsumme 5574, davon 726 Durchläufer. Gesamtauftrieb 5574, verkauft alles.

Preise: extrem 16.90 bis 17.90 (18 Stück - 18 S), 1. Qualität 16.10 bis 16.80, 2. Qualität 15.60 bis 16, 3. Qualität (11 Stück - 14 S), 14.50 bis 15.50, Zuchten extrem 12.80 bis 13.50, Zuchten 12.20 bis 12.70, Altschneider 10 bis 11.

Ausländische Schweine, Notierungen: Polen 15.20 bis 16, Bulgarien 14.20 bis 14.80, DDR 14.70 bis 16.50.

Der Durchschnittspreis für inländische Schweine ermäßigte sich um 43 Groschen je Kilogramm und beträgt 16.27. Der Durchschnittspreis für Schweine aus Bulgarien ermäßigte sich um 35 Groschen je Kilogramm und beträgt 14.50, für Schweine aus der DDR ermäßigte er sich um 13 Groschen und beträgt 15.62, für polnische Schweine beträgt er 15.48. Der Gesamtdurchschnittspreis für ausländische Schweine ermäßigte sich um 9 Groschen je Kilogramm und beträgt 15.37.

Auftrieb und Preise im Auslandsschlachthof (laut Mitteilung des Veterinärarnotes der Stadt Wien): Rumänien 50 Stück (Durchläufer: Ungarn 760 zum Preis von 15.20 bis 16). Außermarktbezüge in der Zeit von 8. bis 12. November (ohne Direkteinbringung in die Bezirke) 1920 Stück.

- - -

Pferdehauptmarkt vom 12. November
=====

12. November (RK) Auftrieb am Zentralviehmarkt 45 Stück, davon 1 Fohlen. Verkauft wurden als Schlachttiere 29, als Nutztiere 0, unverkauft blieben 16.

Herkunft: 3 Pferde aus Oberösterreich, 34 aus Niederösterreich, 8 aus Burgenland.

Schlachttiere Notierungen: Fohlen 0, Pferde extrem 11.40 bis 11.50, 1. Qualität 9 bis 10, 2. Qualität 8 bis 8,80, 3. Qualität 5 bis 7.50, Auftrieb am Auslandsschlachthof 67 Pferde aus Jugoslawien, hievon wurden 18 Pferde zum Preis von 8 S je Kilogramm verkauft. 49 Pferde blieben unverkauft.

Der Durchschnittspreis für inländische Schlachtpferde ermäßigte sich um 1,31 S je Kilogramm. Der Durchschnittspreis für Schlachtpferde ist 8.18.

- - -

Sitzung des Wiener Gemeinderates

=====

12. November (RK) Eine Stunde vor der Festsitzung zum 50jährigen Republik-Jubiläum trat der Wiener Gemeinderat heute um 16 Uhr zu einer Geschäftssitzung unter dem Vorsitz von Bürgermeister Bruno Marek zusammen. Die aus drei Punkten bestehende Tagesordnung wurde ohne Wortmeldung erledigt. Alle drei Anträge wurden einstimmig angenommen.

Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Durchführung der Pflichtkonzerte für Schüler der zweiten, dritten und vierten Klassen der Hauptschulen und allgemeinbildenden höheren Schulen sowie für die Polytechnischen Lehrgänge im Schuljahr 1968/69. Für die Durchführung dieser Konzerte bis zum Ende des Kalenderjahres 1968 wurde ein Betrag von 400.000 Schilling genehmigt.

Der zweite Punkt bestand in der Genehmigung von Subventionen an zehn Sportverbände in der Gesamthöhe von 2,199.517 Schilling. Als letzter Punkt behandelte der Gemeinderat eine Änderung des Bebauungsplanes für das Gebiet nördlich der Windtenstraße in 10. Bezirk.

Anschließend wurde ein gemeinsamer Antrag der Gemeinderäte Dr. Wilhelm Stemmer, SPÖ, Karl Mühlhauser, ÖVP, Dr. Albert Schmidt, FPÖ, Josef Lauscher, KLS und Genossen verlesen (siehe "Rathaus-Korrespondenz" Blätter 3260 bis 3262). Unter dem starken Applaus aller Gemeinderäte wies Bürgermeister Bruno Marek den Antrag dem Magistrat zur weiteren Behandlung zu.

(Ende des Sitzungsberichtes.)

- - -